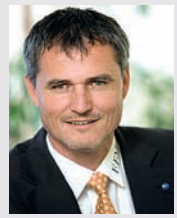
Insgesamt haben sich bereits 20 Gesellschaften dem neuen Branchenverband AFPA angeschlossen. FONDS professionell wollte die Beweggründe dafür erfahren und hat einige der Gesellschaften dazu befragt.

	AIF GmbH	Clerical Medical	EFM	EFS
	Roland Klemm	Klaus Schönfelder	 Josef Graf	Thomas Schnöll
1.) Haben Sie den Eindruck, dass sich das Gewicht der für den Finanzbereich relevanten Regulatoren zunehmend auf EU-Ebene verschiebt?	Eindeutig, speziell im Bereich der Regulierung von Finanzprodukten und bei der Bedeutung von Richtlinien wie UCITS für den europaweiten Einsatz von Finanzprodukten.	Wenn wir täglich die internationale Presse verfolgen, so ergibt sich ein Bild, das eindeutig diesen Trend skizziert.	Ja, das ist gut so.	Ich gehe von einer weiteren Regulierung auf europäischer Ebene aus. Die Kommission arbeitet bereits intensiv an einer Vielzahl von neuen Vorschriften.
2.) Glauben Sie, dass die für Ihr Unternehmen zuständige Interessenvertretung, Ihr Branchenverband beziehungsweise Ihre Sparte der Wirtschaftskammer mit dieser Situation richtig umgeht?	Ja, aber eine aktive überparteiliche Interessenvertretung in Brüssel, die einerseits Anregungen aller Finanzdienstleister einbringen und andererseits in vorbereitende Gesetzesprozesse früh genug mit eingebunden werden kann, ist sicherlich kein Nachteil.	Die Wirtschaftskammer ist die Vertretung aller Unternehmen Österreichs und ist auch in Brüssel aktiv, wir konzentrieren uns auf EU-Lobbying für die Vermittler. Es gibt und gab bereits sehr konstruktive Gespräche.	Teilweise. Meiner Meinung nach sollten sich vor allem die Versicherungsmakler proaktiver einbringen, da man hauptsächlich die Stimmen des Finanzdienstleistungssektors hört.	Wir pflegen seit Jahren einen regen Interessenaustausch mit unserer Interessenvertretung. Ich sehe die Tätigkeit der AFPA auf europäischer Ebene als sinnvolle Ergänzung zum Engagement unserer Interessenvertretungen in Brüssel.
3.) Was darf man sich realistischerweise von einer Organisation wie der AFPA erwarten?	Bevor eine EU-Richtlinie verabschiedet wird, mit den verschiedenen betroffenen Gruppen in Kontakt zu treten und Expertise einzubringen sowie die österreichischen Finanzdienstleister so früh wie möglich über geplante Richtlinien aus Brüssel zu informieren.	AFPA übernimmt die Funktion einer Schnittstelle zwischen nationalen Behörden und europäischen Institutionen. Dieses Prinzip der „Co-Regulation“ ist in anderen EU-Mitgliedsländern weit verbreitet.	Bessere Kommunikation mit Entscheidungsträgern in Brüssel.	Ich sehe AFPA als Informationsdrehscheibe zwischen der EU und Österreich. AFPA wird professionelles Lobbying betreiben mit der Zielsetzung, dass bereits in der Phase der Gesetzeswerdung die Besonderheiten des österreichischen Marktes berücksichtigt werden.
4.) Ist die Einflussnahme auf EU-Ebene bereits wichtiger als die auf nationaler Ebene?	Auf nationaler Ebene wird in diesem Zusammenhang ja nur die Umsetzung der auf EU-Ebene festgelegten Richtlinien beeinflusst.	In Bezug auf den Zeitfaktor zur Umsetzung von kommenden Regulierungen ist die Einflussnahme schon sehr frühzeitig sehr wichtig.	Nein, aber gleich wichtig.	Eine aktive Einflussnahme auf europäischer Ebene ist unabdinglich.
5.) Glauben Sie, dass die Bedeutung der EU-Gesetzgebung in den kommenden Jahren noch deutlich zunehmen wird?	Ja.	Davon gehe ich aus, und auch alle Anzeichen sprechen dafür.	Ja.	Es ist jedenfalls eine weitere Zunahme der Bedeutung der EU-Gesetzgebung zu erwarten.
6.) Haben Sie das Gefühl, dass Ihre bestehenden Verbände Sie bisher auf EU-Ebene nicht effektiv genug vertreten haben?	Nein. Aber viele Branchen haben eigene Verbände und sind gleichzeitig in staatlichen Vertretungen repräsentiert. Ein starker Verband, der die Interessen der Finanzdienstleister vertritt, sollte zu Entscheidungen führen, die verstärkt fachbezogen und weniger politisch motiviert sind. Dies führt in der Folge zu besseren, praxisgerechteren Regelungen.	Österreichs Berater waren bei Entscheidungsprozessen in Brüssel bisher nur sporadisch vertreten. Durch aktive Teilnahme in Brüssel wollen wir sicherstellen, dass die EU-Kommission die Besonderheiten des österreichischen Marktes stärker berücksichtigt. Außerdem möchten wir ausufernde, praxisfremde Regulierungen frühzeitig unterbinden.	Das war bisher nicht erforderlich und wird jetzt wichtig und dringend.	Ich schätze das Engagement unserer Interessenvertretung und den Meinungs- und Wissensaustausch auf europäischer Ebene sehr, fühle mich auch gut vertreten und freue mich auf eine enge Kooperation seitens AFPA mit Interessenvertretungen und Verbänden.

Fotos: © Braune, Claudia El-Morsi, FondsKonzept, Fundpromoter, Fonds Finanz

JDC	OVB	Partner Bank	Skandia	VPI
Alexander Varga	Michael Bolz	Bernhard Woldan	Gerhard Hopfgartner	Hermann Stöckl
Das ist bereits eine Tatsache – seit der EU-Richtlinie MiFID aus dem Jahr 2004. Diese Entwicklung wird sich nun mit MiFID2 etc. fortsetzen.	Seit Jahren werden am Finanzmarkt zentrale Richtlinien und damit Regulatorien über die EU-Ebene erarbeitet.	Der Großteil der Regulierungen, die den Finanzbereich betreffen, kommt von der Europäischen Kommission. Dieser Trend wird sich noch weiter fortsetzen.	Gesamt gesehen gibt es somit für manche Bereiche künftig eine europäische Institution, dies ist zu begrüßen.	Absolut, in Brüssel werden die Regularien aufgestellt. Wer da nicht praxisgerechte Erfahrungen einbringen kann, hat das Nachsehen. WAG und MiFID zeigen das deutlich.
Die WK tritt in Aktion, wenn Gesetze in Österreich umzusetzen sind. Die Arbeit der AFPA beginnt zu einem Zeitpunkt, an dem die Grundlagen dafür in Brüssel geschaffen werden. Die Richtlinien der EU sind dann die Basis für die Gesetzgebung im Land. Dies ergänzt sich optimal.	Alle Interessenvertretungen versuchen diese Umsetzungsprozesse möglichst optimal und in ihren Möglichkeiten zu begleiten.	Zuständige Interessenvertretungen sind auch und überwiegend nationale Vertretungen. Österreichische Vermittler sind in Brüssel nicht in dem notwendigen Ausmaß repräsentiert. Deshalb bedarf es einer zusätzlichen Einrichtung.	Das allgemeine Bewusstsein hinsichtlich der Anforderungen auf EU-Ebene ist unserer Meinung nach im richtigen Ausmaß vorhanden.	Im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ja.
Einerseits soll sie eine Informationsdrehscheibe zwischen Brüssel und Österreich darstellen, andererseits wird sie Lobbying für die Interessen ihrer Mitglieder – nämlich Versicherungsmakler, Finanzberater, Wertpapierfirmen und Fondsgesellschaften – betreiben.	In erster Linie vor einer Gesetzeserarbeitung auf EU-Ebene unsere Sichtweise näherzubringen. Gleichzeitig soll Verständnis für die unterschiedlichen Marktteilnehmer und damit die unterschiedlichen Interessenlagen bei den politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene geschaffen werden.	Abstimmung der Interessenlagen und Sichtweisen der Branche. Vertretung und frühzeitiges Einbringen der Interessen in Brüssel.	Wir erwarten uns in erster Linie Informationen und lebhafte Diskussionen über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen, insbesondere im Bereich des Versicherungsvertriebsrechts.	Österreich hat hier nachgezogen, was andere Länder bereits vollzogen haben. AFPA ist ein Zusammenschluss der Beratungsunternehmen und unabhängig. Mit einer Stimme und immer up to date – das muss klare Vorteile bringen.
Man muss sich sowohl bei der EU-Kommission als auch auf nationaler Ebene einbringen, um die Interessen aller Beteiligten durchzusetzen.	EU-Ebene und nationale Ebene sollten gleichgewichtige Gesprächspartner sein.	Uns ist es wichtig, in Zukunft einfache, vergleichbare und möglichst einheitliche Richtlinien innerhalb der EU zu haben.	Skandia schätzt beide Einflussnahmemöglichkeiten als wichtig ein.	Ja, auf alle Fälle.
Ich denke, diese Frage muss man eindeutig mit Ja beantworten.	Die EU-Gesetzgebung wird in unserem Finanzmarkt mit Sicherheit zunehmen.	Alle wesentlichen Regulierungen werden auf EU-Ebene initiiert, und das wird weiter zunehmen.	Wir gehen davon aus, dass die Bedeutung der EU-Gesetzgebung zukünftig noch zunehmen wird.	Ja.
Die Gründung der AFPA und meine Mitarbeit im AFPA-Vorstand stehen in keinem kausalen Zusammenhang mit der bisherigen Tätigkeit der Wirtschaftskammer beziehungsweise ihrer Vertreter – zweifellos wurde gute Arbeit verrichtet, aber bei der Schnelligkeit der Rechtsentwicklung und ihrer Komplexität kann ein weiterer Interessenverband nicht schaden.	Unsere Interessenvertretung hat sich in der Vergangenheit auf die nationale Ebene konzentrieren müssen, da alle Umsetzungsprozesse im Finanzmarkt über die nationale Gesetzgebung erfolgt sind.	Mit einem zusätzlichen Vertreter auf EU-Ebene und einem Bindeglied zu nationalen Vertretungen wird die Effizienz noch gesteigert.	Wir fühlen uns auch durch die bestehenden Verbände hervorragend vertreten.	Nein, aber Europa ist jung. Alles muss sich erst einspielen. Wichtig ist, dass jede Branche möglichst für sich selber etwas einbringen kann.